tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

Landesgeschäfts-
stelle

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon:
0361.6547521
Telefax:

5. Gewerkschaftstag des tbb Nr. 4
am 15. und 16. April 2010

tbb Gewerkschaftstag fordert Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten Deutschlands

15. April 2010

Der Gewerkschaftstag hat beschlossen, dass der tbb sich mit all seinen Möglichkeiten für die unverzügliche Rückkehr zur 40- Stundenwoche im Beamtenbereich einsetzt.

Die Rückkehr zur 40 –Stundenwoche im Beamtenbereich ist ein längst überfälliger Schritt in die Realität der Arbeitswelt. Thüringen ist das einzige Bundesland in dem Beamtinnen und Beamte gezwungen werden, 42 Stunden in der Woche zu arbeiten.

Wir erinnern uns: Die Arbeitgeber wollten im gesamten öffentlichen Dienst die 42- Wochenstunde einführen und benutzten diejenigen, die sich nicht wirklich wehren können, nämlich die Beamtinnen und Beamten, als Hebel. Die Tarifbeschäftigten ließen das nicht zu und streikten erfolgreich dagegen. Die Arbeitgeber sind gescheitert. Dieses einzusehen, fällt selbst der Landesregierung offensichtlich schwer, die mit dem Missbrauch des Beamtentums nichts zu tun hat.

Innenminister Prof. Dr. Huber sagte: (Zitat) „Ich dulde keinen Vergleich der Statusgruppen.“ Dieses ist formaljuristisch korrekt, jedoch sei die Frage gestattet: „Darf der Gesetzgeber eine Statusgruppe dazu benutzen um bei einer anderen etwas durchzusetzen?“ Wenn man den Nachteil eines Wehrlosen in Kauf nimmt, um bei einem Wehrhaften etwas durchzusetzen, so nennt man das „Missbrauch“.

Mit der Begründung von Haushaltseinsparungen wird an der 42-Stundenwoche festgehalten. Die Verantwortlichen in den Kommunen stellten von Beginn an fest, dass außer Ärger in den Büros sich nichts verändert hat, auch nicht im Haushalt. Die Landesregierung konnte bis heute kein belastbares Zahlenmaterial vorlegen, um die Behauptung der finanzielle Einsparungen zu belegen.

Die Landesregierung muss sich ihrer Verantwortung gegenüber den Beamtinnen und Beamten bewusst werden. Diese Statusgruppe bedarf der besonderen Fürsorge des Gesetzgebers und sollte nicht zur Durchsetzung irgendwelcher, nicht nachvollziehbarer Interessen missbraucht werden. Die Landesregierung sollte ihre Chance erkennen und nutzen sich zum Beamtentum zu bekennen, die Leistung anzuerkennen und sich von der verlockenden Möglichkeit über eine Statusgruppe im öffentlichen Dienst Thüringens schlechtere Arbeitsbedingungen zu schaffen klar distanzieren. Dieses würde auch die Position Thüringens im zukünftigen Ringen der öffentlichen Dienste Deutschlands um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich verbessern. Die Beamtinnen und Beamten Thüringens sollten nicht schlechter gestellt werden als die Beamtinnen und Beamten anderer Bundesländer oder des Bundes.

Ansprechpartnerin für die Presse: Birgit Drischmann – 0175/24 10 504

pressedienst